K-5-2823 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 22.02.2021

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 100 bis 107:
privater Kulturorte heute prekärer denn je. Umso mehr kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume ~~genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentanz der gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanzen und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.~~.

Ein Berliner Kulturfördergesetz kann die dafür notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den gesellschaftlichen Stellenwert von Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln. Wesentliche Kriterien hierbei sind ökologische sowie soziale Nachhaltigkeit und Diversität.

Wir schaffen Transparenz bei der Vergabe Leitungspositionen und eine gerechte

Repräsentanz der gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanzen und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

Begründung

Die hier bisher genannten Unterpunkte werden in der Einleitung zu 5.7. und Folgendem erneut benannt und ausgeführt. Wichtig erscheint uns hier, dass die Corona-Pandemie uns gezeigt hat, dass wir nicht mehr akzeptieren können und dürfen, Kultur und die Künste als Freizeitwert darzustellen. Die gesellschaftliche Relevanz von Kultur und den Künsten muss zukünftig gesetzlich verankert und nicht mehr in Frage gestellt werden. Dafür kann ein Kulturfördergesetz einen wesentlichen Beitrag leisten. Ergänzen wollen wir außerdem neben einer gerechten Repräsentanz die Forderung nach Transparenz bei der Vergabe von Leitungspositionen.